

Abstimmung im Abgeordnetenhaus über GSW-Verkauf erst in zwei Wochen

Eigentlich waren sich gestern im Abgeordnetenhaus alle einig über den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW: guter Preis, Mieterschutz gewährleistet, Lob für den Finanzsenator. Aber dennoch schafften es die Fraktionen, sich im Parlament fast zwei Stunden lang erregt zu streiten. Auslöser war die Entscheidung der Regierungsfractionen von SPD und PDS, trotz grundsätzlichen Einverständnisses über den GSW-Verkauf erst in zwei Wochen abstimmen zu lassen, um die Verträge noch einmal gründlich studieren zu können. "Rumeierei" und "Verschleppungstaktik" warfen CDU und FDP den Rot-Roten vor.

640 000 Euro koste die Vertagung, weil weiter Zinsen gezahlt werden müssen, anstatt mit den zugesagten 405 Millionen Euro Kaufpreis schnell den Schuldenberg zu verkleinern. Und all das nur, um ein paar "Querulanten" in den Fraktionen ruhig zu stellen, wettete FDP-Fraktionschef Martin Lindner. Die liberale Reizfigur löste auf den Koalitionsbänken tumultartiges Geschrei aus.

SPD und PDS hatten die Stimmung mit einem handwerklichen Fehler angeheizt. Bis zur Sitzung stand ihr Antrag, den als erfolgreich gepriesenen GSW-Deal in der aktuellen Stunde loben zu lassen. Weil es aber keine Abstimmung gab, ließ man den FDP-Antrag zu, der die Frage von Privatisierungen grundsätzlicher behandeln wollte. Lindner fragte, warum nicht weitere Wohnungsbauunternehmen verkauft würden. Die SPD reagierte erregt, weil Lindner den Mieterschutz bei der verkauften GSW als "Zierrat" bezeichnete. "Sie haben nur die Gewinninteressen von Firmen und nicht die Menschen im Blick", wütete **Bernd Schimmler** (SPD). Alexander Kaczmarek (CDU) warnte, mit dem Verkauf seien weder ein Strukturproblem des Haushalts noch die Schwierigkeiten der Wohnungswirtschaft gelöst. Das wollte auch Michail Nelken (PDS) nicht bestreiten. Die Grünen sprachen von einer wohnungspolitischen Bankrotterklärung des Senats. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) betonte, vor 2007 keine Wohnungsgesellschaft mehr verkaufen zu wollen.

Die Welt vom 4. Juni 2004